

CONV 401/02**WG X 12****VERMERK**

des	Sekretariats
für	die Gruppe X "Freiheit, Sicherheit und Recht"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 8. November 2002

Die fünfte Sitzung der Gruppe hat am 8. November 2002 (nachmittags) unter dem Vorsitz von Herrn Bruton (Mitglied des Präsidiums) stattgefunden. Die Teilnehmerliste ist in der Anlage beige-fügt.

Die Gruppe führte eine ausführliche Aussprache über das vom Vorsitzenden vorgelegte Arbeits-papier, in dem einige Themen und Aspekte aufgeführt werden, die im Abschlussbericht zur Sprache kommen könnten.

Im Verlauf der Aussprache zeichneten sich u.a. die folgenden allgemeinen Tendenzen ab:

- Der Vorschlag, die bestehende Säulenstruktur abzuschaffen und den Bereich Freiheit, Sicher-heit und Recht in den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen einzugliedern, wurde von der über-wiegenden Mehrheit der Redner begrüßt. Dies schließe nicht aus, dass es für gewisse Aspekte, die derzeit unter die dritte Säule fallen, besondere Verfahrensvorschriften geben könne; allerdings muss nach Ansicht mehrerer Mitglieder sorgfältig geprüft werden, ob solche Bestimmungen überhaupt erforderlich sind, und sie müssen auf ein Minimum beschränkt bleiben.
- Was das Thema Asyl betrifft, so unterstützten einige Redner die Vorschläge im Arbeitspapier, d.h. Neufassung von Artikel 63 EGV, Übergang zum Mitentscheidungsverfahren und zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit sowie Verankerung eines allgemeinen Grund-satzes der Lastenteilung, der sowohl für die Asylpolitik als auch für die Einwanderungspolitik und die Grenzüberwachung gelten würde.

- Was das Thema Einwanderung betrifft, so wurden die Ziele, die im geltenden Vertrag in Bezug auf den Handlungsrahmen gesteckt worden sind, als weitgehend richtig bezeichnet; es sei jedoch zu fragen, ob insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung der illegalen Einwanderung zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und zum Mitentscheidungsverfahren übergegangen werden sollte.
- Mehrere Mitglieder vertraten die Auffassung, dass eine Rechtsgrundlage erforderlich sei, die die allmähliche Einführung eines gemeinschaftlichen Systems für die Überwachung der Außengrenzen der Union gestatte.
- Es wurde allgemein anerkannt, dass das rechtliche Instrumentarium der derzeitigen dritten Säule reformiert werden müsse. Weit gehende Zustimmung fand der Vorschlag, das Instrument der Übereinkommen abzuschaffen und die (in Artikel 34 EUV genannten) Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse durch Verordnungen und Richtlinien (bzw. die an ihre Stelle tretenden Instrumente) zu ersetzen.
- Mit Nachdruck wurde die Forderung erhoben, dass der Geltungsbereich der Rechtsetzung der Union auf dem Gebiet der Annäherung der Strafrechtsbestimmungen deutlicher umrissen werden müsse. Breite Unterstützung fand insbesondere der Vorschlag, bestimmte Kriterien im Vertrag zu verankern und dabei konkreter festzulegen, was Subsidiarität in diesem Bereich bedeute. Einige Mitglieder vertraten zudem die Auffassung, dass im Vertrag eine Reihe von spezifischen Arten oder Bereichen der Kriminalität genannt werden solle, bei denen eine Annäherung der Rechtsvorschriften in Betracht komme; andere äußerten sich jedoch skeptisch zu diesem Vorschlag.
- Breite Zustimmung zeichnete sich für den Vorschlag ab, den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung von Gerichtsentscheidungen in Strafsachen im Vertrag zu verankern; wie mehrere Redner hervorhoben, wären dabei gleichzeitig (mit qualifizierter Mehrheit anzunehmende) gemeinsame Vorschriften oder Mindestnormen für bestimmte Verfahrensfragen erforderlich. Auch wurden mehrfach gemeinsame Vorschriften für die Beweisaufnahme und die Zulässigkeit von Beweismitteln erwähnt.
- Die überwiegende Mehrheit der Redner räumte ein, dass bei der Zusammenarbeit in Strafsachen von der Einstimmigkeitsregel abgerückt werden müsse; die betreffenden Mitglieder sprachen sich mehr oder weniger explizit dafür aus, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und das Mitentscheidungsverfahren auszudehnen, wobei sich dies nach allgemeiner Einschätzung im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit und des Verfahrensrechts leichter verwirklichen lassen dürfte.
- Mehrere Redner schlugen vor, im Bereich der derzeitigen dritten Säule einer Gruppe von Mitgliedstaaten – neben der Kommission – ein Initiativrecht einzuräumen.

- Weit gehende Zustimmung findet offenbar der Vorschlag, die allgemeinen Bestimmungen über die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs auch auf den Bereich Justiz und Inneres anzuwenden. Ein Mitglied meinte allerdings, dass eine begrenzte Ausnahmeregelung wie derzeit in Artikel 35 Absatz 5 EUV erforderlich sei.
- Mehrere Mitglieder befürworteten eine Ausweitung der Befugnisse von Europol; dies könnte nach Auffassung einiger Mitglieder auf Grundlage einer kürzeren und allgemeineren Rechtsgrundlage geschehen, die allerdings nicht beliebig weit gefasst sein dürfte.
- Eine Reihe von Rednern plädierte dafür, die Möglichkeit zur Schaffung des Amtes eines Europäischen Staatsanwalts (das einem Vorschlag zufolge aus einem Kollegium bestehen könnte) offen zu halten; ein Mitglied äußerte allerdings Vorbehalte gegen diesen Vorschlag.
- Zustimmung fand auch der Vorschlag, die operative Zusammenarbeit im Rat zu verbessern. Einige Redner wandten sich allerdings gegen den Gedanken, einen "Hohen Vertreter" für Justiz und Inneres auf politischer Ebene zu benennen.
- Der Vorschlag, dass die einzelstaatlichen Parlamente bei Angelegenheiten des Strafrechts weiterhin ein Mitspracherecht haben sollten, stieß auf Zustimmung. Ein Mitglied vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass zu prüfen sei, ob hierfür evtl. Garantien vorgesehen werden müssen.

Zum Abschluss der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, dass er auf Grundlage des Arbeitspapiers und der Beratungsergebnisse einen ersten Entwurf für einen Abschlussbericht der Gruppe ausarbeiten werde, der in der Sitzung am 22. November 2002 erörtert werden solle. Er kündigte zudem an, dass die letzte Sitzung der Gruppe im Prinzip am 27. November 2002 stattfinden werde; falls der Abschlussbericht dann noch nicht angenommen werden könne, werde er jedoch am 28. November 2002 eine weitere Sitzung einberufen.

**Liste der Mitglieder der Gruppe, die an der
Sitzung vom 8. November 2002 teilgenommen haben**

Herr John BRUTON, Vorsitzender, Mitglied des Präsidiums

de BRUIJN Thom

BURY Hans-Martin

CAREY Pat

DASTIS Alfonso

FLOCH Jacques

GRABOWSKA Genowefa

HAENEL Hubert

HEATHCOAT AMORY David

LEKBERG Sören

LOPÉZ GARRIDO Diego

MEYER Jürgen

NAGY Marie

PACIOTTI Elena

PELTOMAKI Antti

VAN LANCKER Anne

VASSILIOU Androula

VITORINO Antonio
